

Zusammenfassung der VOX-Analyse Juni 2026: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

Am 14. Juni 2026 mobilisierte der Abstimmungssonntag die Schweizer Stimmbevölkerung aussergewöhnlich stark. Zur hohen Stimmbeteiligung von rund 59 Prozent trugen insbesondere politisch interessierte, parteigebundene sowie ältere, besser gebildete und einkommensstärkere Stimmberechtigte bei. Mit der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» und der Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) standen zwei Vorlagen zur Abstimmung, die unterschiedliche, aber klar politisierte Konfliktlinien aktivierten. Die Nachhaltigkeitsinitiative wurde mit 45.2 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt, während das Zivildienstgesetz mit 52.5 Prozent Ja-Stimmen knapp angenommen wurde. Inhaltlich zeigte sich eine Diskrepanz zwischen Problembewusstsein und Zustimmung zur vorgeschlagenen Lösung: Die wahrgenommenen Belastungen durch Bevölkerungswachstum und Infrastruktur stiessen auf breite Resonanz, die 10-Millionen-Grenze wurde jedoch mehrheitlich als zu weitgehend, wirtschaftlich riskant und aussenpolitisch problematisch beurteilt. Das Zivildienstgesetz wurde demgegenüber angenommen. Ausschlaggebend war hier die Anschlussfähigkeit sicherheits- und armeepolitischer Argumente: Die langfristige Sicherung der personellen Stärke und Einsatzfähigkeit der Armee fand über das Ja-Lager hinaus Zustimmung. Insgesamt zeigen beide Vorlagen, dass die Entscheide stark entlang politischer Grundhaltungen, institutioneller Vertrauensmuster und Werthaltungen verliefen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'305 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Juni 2026. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Überlastung anerkannt, 10-Millionen-Grenze abgelehnt

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» wurde mit 45.2 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt und verfehlte auch das Ständemehr. Die Vorlage wurde von den Stimmenden als besonders relevant wahrgenommen und erreichte mit einem Mittelwert von 8.1 auf der Bedeutungsskala den höchsten Wert einer Vorlage in der aktuellen Legislatur. Das Stimmverhalten war stark politisiert: Zustimmung fand die Initiative vor allem bei Sympathisierenden der SVP, rechts aussen positionierten Personen sowie Stimmenden mit geringem Vertrauen in Bundesrat, Medien und Europäische Union. Auch Personen ohne Parteibindung stimmten knapp mehrheitlich zu, womit die Vorlage über die klassische SVP-Anhängerschaft hinaus anschlussfähig blieb. Grundlegende Werthaltungen prägten den Entscheid zusätzlich: Besonders traditionsorientierte und auf nationale Zugehörigkeit fokussierte Stimmende unterstützten die Vorlage, während zeitgeistorientierte und gleichstellungsorientierte Gruppen sie klar ablehnten. Inhaltlich fanden Belastungswahrnehmungen rund um Bevölkerungswachstum und Infrastruktur teilweise auch im Nein-Lager Resonanz. Die Zustimmung zur Initiative wurde jedoch weniger durch Argumente zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als durch migrations- und wachstumspolitische Überlegungen getragen. Gleichzeitig stiess die vorgeschlagene Obergrenze bei einer Mehrheit auf Skepsis, insbesondere wegen ihrer möglichen wirtschaftlichen und aussenpolitischen Folgen. Ausschlaggebend für das Nein war damit weniger die Ablehnung der Problemwahrnehmung als die Skepsis gegenüber der vorgeschlagenen Lösung.

Armee-Sicherung überzeugt über das Ja-Lager hinaus

Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Die Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) wurde mit 52.5 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Vorlage wurde im Vergleich zu der Nachhaltigkeitsinitiative als weniger relevant wahrgenommen, doch auch hier war das Stimmverhalten politisiert. Zustimmung fand sie besonders bei Sympathisierenden der SVP, FDP und Mitte sowie bei rechts positionierten Stimmenden, Personen mit hohem Vertrauen in die Schweizer Armee und Befürwortenden einer starken Armee. Gleichzeitig blieb die Unterstützung begrenzt: Jüngere Stimmende lehnten die Vorlage häufiger ab als ältere, was auch auf unterschiedliche Betroffenheiten und Interessenslagen verweist. Die Ja-Seite rückte die Stärkung von Armee und Zivilschutz sowie die Sicherung des Armeebestands ins Zentrum. Die Nein-Seite betonte Gewissensfreiheit, den gesellschaftlichen Nutzen des Zivildienstes und zweifelte daran, dass strengere Regeln die Armee tatsächlich stärken würden. Ausschlaggebend für die Annahme war, dass die langfristige Sicherung der personellen Stärke und Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee auch über das Ja-Lager hinaus Zustimmung fand.

Hohe Mobilisierung bei politisierten Vorlagen

Die Beteiligung

Mit 58.9 Prozent bei der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» und 58.3 Prozent beim Zivildienstgesetz lag die Stimmbeteiligung im Juni 2026 deutlich über dem langjährigen Durchschnitt und über dem Niveau der Abstimmung vom März 2026. Dabei war die Beteiligung in der deutschsprachigen Schweiz mit rund 61 Prozent deutlich höher als in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere, bildungs- und einkommensstarke sowie politisch interessierte und parteigebundene Stimmberechtigte beteiligten sich überdurchschnittlich häufig. Geschlechterunterschiede fielen dagegen gering aus. Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Personen ab 70 Jahren (77%). Ebenfalls hoch war die Beteiligung an den Polen des Links-Rechts-Spektrums. Links aussen positionierte Personen beteiligten sich zu 74 Prozent, rechts aussen positionierte zu 72 Prozent.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 14. Juni 2026 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» und die Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG).

Über die Studie

Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch), die alten VOX-Berichte sind es bereits.

Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Institute Member

gfs.bern 